

**STADT BAD SACHSA**  
**Hauptamt**

Az.: 10 24 03 -10

Bad Sachsa, 26. Oktober 2015  
wk/-

## **P R O T O K O L L**

über die öffentliche **Ratssitzung** am **Montag**, dem **19. Oktober 2015**, ab **19:00 Uhr** im **Kursaal**.

Anwesend sind

- a) vom Rat der Stadt: Bürgermeister Dr. Hartmann  
und die Ratsmitglieder Boehm, Bruchmann, Fieker,  
Foth, Grimm, Kasper, Markert, Metzger, Müller,  
Rockendorf, Schaal, Schwedhelm, Seele, Seifert,  
Warnecke und Dr. Wedler;
- b) von der Verwaltung: Forstamtsrat Bosse, Verwaltungsangestellter Grundei,  
Verwaltungsfachangestellte Müller, Stadtamtfrau Urban  
und Stadtoberamtsrat Weick zugleich als Protokollführer;  
  
Geschäftsführer Völz.

Es fehlen entschuldigt: Ratsherren Kellner, Schirmer, Simon und Ziegenbein.

### **Tagesordnung:**

**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Ratsvorsitzender Bruchmann eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Bitte des Ratsvorsitzenden erheben sich die Anwesenden zum Gedenken an den verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Hans-Peter Thode von den Plätzen.

## **2. Feststellung der Tagesordnung**

Laut Hinweis von Ratsherrn Markert auf den zeitlichen Beratungsablauf sollten die Tagesordnungspunkte 7. und 8. getauscht werden.

Danach wird die Tagesordnung in der geänderten Form gebilligt.

## **3. Genehmigung des Protokolls über die öffentliche Ratssitzung vom 17. Juni 2015**

Das Protokoll über die öffentliche Ratssitzung vom 17. Juni 2015 wird einstimmig bei 1 Stimmenthaltung genehmigt.

## **4. Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister Dr. Hartmann teilt mit:

### **a) Auswirkungen der Asylbewerber-Situation auf die Stadt Bad Sachsa**

„Heute stehen wir erneut vor einer Herausforderung, die wir noch nicht ermessen können.

Von meinen Eltern kenne ich die Berichte über die Jahre 1945/46. Damals gab es in Bad Sachsa Einweisungen von Flüchtlingen aus dem deutschen Ostgebiet, also Schlesien, Ostpreußen und andere. 12 Mio. Flüchtlinge kamen damals in das völlig zerstörte Deutschland. Eine gewaltige Herausforderung, es gab weder genug Wohnraum, noch genug Nahrung. Aber die gewaltige Herausforderung wurde bewältigt.

1989 war ich selbst beruflich Zeitzeuge einer Fluchtbewegung von Deutschen aus der DDR. Beide Male handelte es sich um Deutsche. Sie sprachen die gleiche Sprache, ihre Integration stellte – zumindest im zweiten Fall – keine besondere Herausforderung dar. Beides gelang.

Heute stehen wir vor einer neuen Flüchtlingswelle. Die Flüchtlinge kommen ganz überwiegend aus den Kriegsgebieten im Nahost-Raum. In diesem Jahr werden etwa 1 Mio. Flüchtlinge zu uns kommen. Aber diese Fluchtbewegung endet nicht am 31. Dezember. Es ist völlig offen, wieviel Flüchtlinge im Folgejahr und danach zu uns kommen werden. Die Kommunen sind durch diese Fluchtbewegung auf besondere Weise belastet. Vielfach ist die Unterbringung problematisch, aber natürlich ist das auch eine Chance angesichts einer alternden Gesellschaft, junge Leute in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das bedarf aber dringend koordinierter Integrationsbemühungen in zwei Bereichen:

- dem Erlernen der deutschen Sprache,

- der Ausbildung für die Ausübung eines Berufes.

Beides ist mühsam zu realisieren. Aufgabe der Landesregierung ist es, dafür den entsprechenden Rahmen zu setzen. Von koordinierender Leitung seitens des Landes ist momentan allerdings wenig zu spüren.

Besonders belastend bei dieser gewaltigen Fluchtbewegung ist, dass etwa 30% der zu uns kommenden Menschen keinen Flucht- oder Asylgrund haben. Sie kommen im Wesentlichen aus dem westlichen Balkan. Zumindest dieser Teil der Asylbewerber muss schleunigst in die Herkunftsstaaten zurückgeführt werden, um die Glaubwürdigkeit und Belastbarkeit des Artikels 16 Grundgesetz zu gewährleisten.

Bad Sachsa hat etwa 50 Asylbewerber untergebracht. In Kürze kommen noch einmal 50 hinzu. Wir haben glücklicherweise ausreichend Leerstand. Viele Ferienwohnungen, die nicht ausgelastet sind, werden von den Eigentümern zur Unterbringung angeboten. Wir haben bisher auch ganz bewusst auf eine dezentrale Unterbringung gesetzt. Damit vermeiden wir ethnische und religiöse Konflikte oder gar Massenschlägereien, wie sie in der letzten Zeit bekannt wurden.

Wir erfüllen unsere Verpflichtungen gegenüber den anerkannten Asylbewerbern voll und ganz. Aber auch wir fragen uns mit Sorge: Wie geht das weiter? Weltweit sind 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Bundespräsident Gauck hat Recht, wenn er sagt unsere Aufnahmefähigkeit ist nicht unbegrenzt. Letztlich handelt es sich um eine globale Aufgabe, die nicht die EU oder gar Deutschland allein lösen können. Jetzt ist es erforderlich, dass die notwendigen Maßnahmen rasch und unverzüglich getroffen werden. Dazu zählt:

1. Die Bekämpfung der Fluchtursachen in den Hauptherkunftsländern. Hauptkriegsort ist Syrien, durch das Eingreifen Russlands ist die Lage aber nicht einfacher, sondern komplizierter geworden.  
Das zweite Kriegsland Afghanistan hat kürzlich durch die Eroberung von Kundus durch die Taliban gezeigt, dass es keineswegs stabil ist und in eine gute Zukunft geht, sondern nach wie vor zu befürchten ist, dass die Islamisten dort die Oberhand gewinnen, obwohl auch deutsche Bundeswehrsoldaten mehr als 10 Jahre dort im Einsatz waren und versucht haben, zusammen mit den Zivilorganisationen das Land zu stabilisieren.  
Das dritte Land, in dem Krieg herrscht, der Irak, hat auch noch keine stabile Lage erreicht.
2. Die europäischen Außengrenzen müssen zuverlässig unter Einbeziehung der Türkei geschützt werden. Die dortigen Flüchtlingslager in der Türkei, aber auch im Libanon und in Jordanien, müssen menschenwürdig gestaltet werden. Die Menschen müssen anständig untergebracht und gut ernährt werden, damit sie in der Nähe ihrer Heimat verbleiben. Denn eine heimatnahe Unterbringung ist der beste Weg für die Menschen.
3. Wer kein anerkannter Kriegsflüchtling ist und keinen Asylgrund vorweisen kann oder anerkannt bekommt, muss unser Land wieder verlassen. Nur dann können wir denen wirksam helfen, die wirklich Hilfe nötig haben.

Eines muss aber auch klar sein, hier in unserem Land gilt deutsches Recht. Die freiheitliche Verfassung, unser Grundgesetz, sieht die Gleichberechtigung von Mann und Frau vor, auch religiöse Toleranz und freiheitliche Werteordnung sind eine Selbstverständlichkeit. Wir helfen gern, aber wir erwarten auch, dass unsere Grundordnung respektiert wird.

Deutschland steht vor einer Herausforderung wie zuletzt 1989. Seit diesem Sommer findet eine unkontrollierte hohe Zuwanderung statt, die sich nicht steuern lässt und deren Ende nicht in Sicht ist. Durch allgemeine Erschöpfung, insbesondere auch die der ehrenamtlichen Helfer, sind die Grenzen des Möglichen erreicht.

Nur einen Tag nach dem Bundestag hat auch der Bundesrat am 16.10.2015 dem Asyl-Reformpaket zugestimmt. Mit dem Gesetz werden Vereinbarungen umgesetzt, die Bund und Länder am 24.09.2015 auf ihrem Flüchtlingsgipfel getroffen haben. Ziel ist es, einerseits Asylregeln zu verschärfen, andererseits die Verfahren zu beschleunigen und den zügigen Bau von Unterkünften zu ermöglichen. Zudem sollen Menschen, die langfristig in Deutschland bleiben dürfen, besser integriert werden – beispielsweise durch einen schnellen Zugang zu Integrationskursen.

Albanien, Kosovo und Montenegro gelten fortan als sichere Herkunftsländer. Durch diese Einstufung können Anträge von Asylbewerbern aus diesen Ländern schneller bearbeitet werden. In den Erstaufnahmeeinrichtungen werden Bargeldzahlungen, wie etwa Taschengeld, durch Sachleistungen ersetzt. Wer aus wirtschaftlichen Gründen, aber nicht wegen politischer Verfolgung oder Krieg einreist, kann künftig schneller abgeschoben werden.

Mit weiteren bis zu 10.000 Asylsuchenden täglich ist zu rechnen.

Angesichts der dramatischen Zuspitzung der Lage in der letzten Woche möchte ich mein absolutes Unverständnis über das Abstimmungsverhalten der Niedersächsischen Landesregierung am vergangenen Freitag im Bundesrat zum Ausdruck bringen. Sie hat dem Gesetz zusammen mit den Ländern Brandenburg, Thüringen und Bremen die Zustimmung verweigert. Wer Flüchtlingen, die wirklich Hilfe benötigen, helfen will, muss die Trittbrettfahrer, die nur aus Wirtschaftsgründen auf den Flüchtlingszug aufspringen, rasch wieder aus Deutschland ausweisen. Das Gesetz dient diesem Zweck.

Derzeit sind in Bad Sachsa rund 50 Asylbewerber in Wohnungen untergebracht. Weitere 48 Personen werden aufgrund des aktuellen Verteilerschlüssels (Stand September) in den nächsten Wochen der Stadt Bad Sachsa zugewiesen werden. Hier leistet das Ordnungs- und Sozialamt bereits die notwendigen Vorarbeiten, insbesondere mit der Anmietung entsprechenden Wohnraums in allen Ortsteilen.

Mit Schreiben vom 09.10.2015 hat Staatssekretär Manke vom Niedersächsischen Innenministerium aus Anlass der anhaltend extrem hohen Zugangszahlen von Asylbewerbern alle niedersächsischen Kommunen darüber in Kenntnis gesetzt, dass das Land unmittelbar vor einem Unterbringungsnotstand stehe. Aus diesem Grund sehe man sich gezwungen, ab dem 12.10. die wöchentliche Verteilung auf

die Kommunen im Wege der Amtshilfe von 1.500 Flüchtlingen auf mindestens 2.500 Flüchtlinge zu erhöhen. Hintergrund ist die Tatsache, dass täglich 1.000 bis 1.300 Flüchtlinge Niedersachsen erreichen. Dem kann sich auch die Stadt Bad Sachsa nicht entziehen.

Aus diesem Grund habe ich in der vergangenen Woche einen Planungsstab – bestehend aus Hauptamtsleiter Weick, Ordnungs- und Sozialamtsleiter Spieweck, Bauamtsleiter Grundei und meiner Person – gebildet, der neben der Planung personeller und organisatorischer Anpassungen verschiedenste Möglichkeiten der Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtgebiet prüfen soll. In diese Prüfung wird auch die Belegung leerstehender Pensionshäuser und Hotels eingeschlossen.

Es handelt sich hierbei um reine Vorsorgemaßnahmen, da in näherer Zukunft fest davon auszugehen ist, dass auch in Bad Sachsa die Zahl unterzubringender Flüchtlinge deutlich ansteigen wird. Konkrete Einzelheiten über die Anzahl und die Orte der Unterbringung können derzeit nicht gegeben werden. Gespräche darüber werden demnächst auf dortigen Wunsch mit Vertretern des Niedersächsischen Innenministeriums geführt.“

**b) Befristete Abordnung des Verwaltungsfachangestellten Achim Richter an den Landkreis Osterode am Harz**

Auf Bitte des Landkreises Osterode am Harz wurde der Leiter des Sozialamtes, Verwaltungsfachangestellter Richter, mit seinem Einverständnis befristet nach dort abgeordnet.

Im Hinblick auf die sich abzeichnenden Entwicklungen aufgrund der bevorstehenden Kreisfusion wurde darauf verzichtet, einen neuen Sozialamtsleiter zu bestellen. Nach erfolgter Zusammenlegung der bislang organisatorisch eigenständigen Ämter „Ordnungsamt“ und „Sozialamt“ zum Ordnungs- und Sozialamt übernimmt der bisherige Ordnungsamtsleiter, Verwaltungsfachangestellter Spieweck, die Leitung dieses neu gebildeten Amtes. Die Aufgaben des ehemaligen Sozialamtes werden als Sachgebiet innerhalb des neuen Amtes fortgeführt, dessen Leitung der Verwaltungsfachangestellte Levin obliegt. Die Vornahme einer personellen Verstärkung ist unausweichlich. Weitere organisatorische Veränderungen, so z.B. die Einschränkung der Öffnungszeiten, sind unumgänglich.

**c) Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bad Sachsa**

Wie bereits in der Sitzung des *Stadtentwicklungsausschusses* dargestellt, soll auch an dieser Stelle nochmals auf die Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bad Sachsa eingegangen werden.

Aktuell sind in Bad Sachsa 8.282 Einwohner/innen gemeldet. Diese teilen sich auf in 7.464 Einwohner/innen mit Hauptwohnsitz und 818 Einwohner/innen mit Nebenwohnsitz. Von den Gesamteinwohnern sind 2.450 Einwohner/innen 66 Jahre und älter. Somit liegt dieser Anteil bei 29,58 % der Bad Sachsaer Bevölkerung.

Nach der Wiedervereinigung waren vermehrt Zuzüge zu verzeichnen und erreichte im Jahr 1992 den Spitzenwert von 10.020 Einwohner/innen.

In den Folgejahren sind meistens mehr Zuzüge als Wegzüge vorhanden. Allerdings steht diesen eine sehr hohe Zahl von Sterbefällen gegenüber. Die Anzahl der Geburten ist immer eher gering.

Aufgrund des hohen Anteils von Alters- und Pflegeheimen ziehen verstärkt Senioren zu. Jüngere Einwohner/innen ziehen eher weg, um eine Ausbildung zu machen oder zu studieren. Die Bevölkerung wird weiterhin abnehmen und der Altersdurchschnitt sich weiter erhöhen.

Ausgehend von der „eigenen“ Bevölkerungsstatistik ergibt sich aus der Entwicklung von 1992 bis 2015 ein Rückgang um 1.759 Einwohner/innen (etwa 17,55 %).

Ratsherrn Seifert erscheint nicht nachvollziehbar, wie die Eilmeldung in das *Echo vom Sonntag* gekommen ist. Diese steht im Gegensatz zu den soeben gehörten Ausführungen des Bürgermeisters.

Bürgermeister Dr. Hartmann erwidert, dass ein Gesprächswunsch seitens des Innenministeriums angekündigt wurde. Es gibt jedoch – Stand heute – keinerlei Erkenntnisse (Größenordnung, Liegenschaft usw.) oder konkrete Informationen, die auf eine bestimmte Entwicklung schließen lassen.

Auch Ratsherr Boehm sieht die rückläufigen Bevölkerungszahlen; gleichwohl betont er ausdrücklich, dass der Auslöser hierfür in erster Linie in der höheren Sterberate begründet ist.

Ratsherr Metzger begrüßt es, wenn sich das Rathaus mit der Asylfrage befasst. Er hätte es jedoch gut gefunden, wenn der Bürgermeister im Rahmen seiner Mitteilung auch auf das hier gegebene beachtliche ehrenamtliche Engagement hingewiesen hätte.

**5. Jahresabschluss 2012 der Stadt Bad Sachsa;  
hier: Stellungnahme und Entlastungserteilung gem. § 129 Abs. 1 NKomVG  
– DS-Nr. 14/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann bezieht sich auf die Drucksache Nr. 14/15.

Der Rat nimmt den Beschlussvorschlag einstimmig an.

**6. Jahresabschluss 2013 der Stadt Bad Sachsa;  
hier: Stellungnahme und Entlastungserteilung gem. § 129 Abs. 1 NKomVG  
– DS-Nr. 15/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann verweist auf die Drucksache Nr. 15/15.

Der Rat stimmt dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**7. Niedersächsisches Kommunalinvestitionsförderungsgesetz (NKomInvFöG);  
hier: Investitionsvorhaben für die Verwendung der Investitionspauschale und  
des Eigenanteils in Höhe von insgesamt 486.890,35 € – DS-Nr. 17/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Ratsherrn Metzger das Wort zur Drucksache Nr. 17/15.

Dieser bezieht sich auf die hiernach vorgesehene „Mittelverteilung“ und führt aus, dass die dargelegten Vorstellungen komplett in der Verwaltung entstanden sind; die Politik war nicht beteiligt. Das mag zwar durchaus das Beste sein, der Werdegang ist für ihn allerdings nicht ideal.

Ratsvorsitzender Bruchmann widerspricht dieser Einlassung unter Hinweis auf die Befassung mit dieser Angelegenheit im *Finanzausschuss*.

Verwaltungsangestellter Grundei ergänzt, dass in einer *Bauausschusssitzung* vor mehreren Jahren einmal alle maroden Heizungen in städtischen Gebäuden dargestellt worden. Seinerzeit gab es dieses Programm allerdings noch nicht. Da die Antragsfristen sehr knapp bemessen sind, war es nicht möglich, die gesamte Angelegenheit nochmals komplett neu aufzuarbeiten.

Der Rat akzeptiert den Beschlussvorschlag einstimmig.

**8. I. Nachtragshaushaltssatzung der Stadt Bad Sachsa für das Haushaltsjahr  
2015 – DS-Nr. 16/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann gibt die Drucksache Nr. 16/15 zur Aussprache frei.

An der sich danach entwickelnden Aussprache beteiligen sich die Ratsherren Boehm, Metzger, Markert, Rockendorf und Seifert sowie Stadtamtfrau Urban.

Hauptdiskussionpunkte sind neben der Umsetzung des Niedersächsischen Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (Richtigkeit der Planungen im vorgesehenen Rahmen) der verfolgte Umzug der Freiwilligen Feuerwehr Tettenborn vom jetzigen Standort in das Dorfgemeinschaftshaus Tettenborn (keine

hinreichende politische Diskussion im Vorfeld stattgefunden, Standort überhaupt geeignet?, Umbau ggf. teurer wie ein Neubau?, durch Ausweisung der Mittel im Nachtragshaushalt keine Vorfestlegung hinsichtlich einer noch zu treffenden Entscheidung erfolgt!) sowie die Verlagerung des Grenzlandmuseums Tettenborn in das „Haus des Gastes“ (muss auch Frage der Hebung der Qualität des Angebots sein; wenn es hierbei nur die Regelung der Raumfrage geht, ist dies ggf. nicht sehr sinnvoll).

Der Rat nimmt den Beschlussvorschlag einstimmig an.

**9. Befristete Probemitgliedschaft der Stadt Bad Sachsa im Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund (NSGB) – DS-Nr. 18/15 –**

Ratsvorsitzender Bruchmann erteilt Bürgermeister Dr. Hartmann das Wort zur Drucksache Nr. 18/15.

Nach dessen Erläuterungen stimmt der Rat dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

**10. Anträge und Anfragen**

a) Ratsherr Metzger erkundigt sich, ob die Grundschulheizung in diesen Herbstferien ausgetauscht wird.

Verwaltungsangestellter Grundei erläutert, dass dies in diesen Herbstferien noch nicht geschehen wird. Der Austausch kann auch während des laufenden Schulbetriebes vorgenommen werden, da bei dieser Anlage ein „2-Kanal-Betrieb“ möglich ist.

Ratsvorsitzender Bruchmann bedankt sich für die angenehme Diskussionskultur.

Ende der öffentlichen Sitzung: 19:58 Uhr

Im Anschluss an die öffentliche Ratssitzung findet bis 20:08 Uhr eine Einwohnerfragestunde statt.

**VERTRETUNGSKÖRPERSCHAFTEN**  
Wahlperiode 2011 - 2016  
- Sitzungsdienst -

gez. Bruchmann  
Ratsvorsitzender

gez. Dr. Hartmann  
Bürgermeister

gez. Weick  
Protokollführer

Das Protokoll wurde in der Ratssitzung am 17. Dezember 2015 genehmigt.